120. Ist der Umfang der Anwendbarkeit des §. 303 St.G.B.'s durch §. 30 II. 1 der Feldpolizeiordnung für den Großherzoglich badischen Amtsbezirk Tauberbischofsheim beschränkt worden?

I. Straffenat. Urtr. v. 9. November 1882 g. Sch. Rep. 2488/82.

I. Landgericht Mosbach.

Aus den Gründen:

Unbegründet ist die Rüge, es falle die Handlung des Angeklagten nicht unter §. 303 St.G.B.'s, sondern unter §. 30 der in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urtheiles erwähnten „Feldpolizeiordnung für den Amtsbezirk Tauberbischofsheim“.¹ Nach den thatsächlichen Feststellungen hat der Angeklagte die auf einem seinem Bruder gehörigen Acker in der Gemarkung L., welchen S. H. gepachtet hatte,

¹ Der §. 30 jener Feldpolizeiordnung für den genannten badischen Amtsbezirk besagt:

(Frevel durch Beschädigungen.) „Einer Beschädigung an fremden Gegenständen der Landwirtschaft in Feldern, Wiesen, Weinbergen, Gärten und überhaupt an Gegenständen, welche unter Feldschutz stehen, macht sich schuldig und ist wegen Feldfrevels zu bestrafen

I. — — —

II. nach §. 145 Abs. 3 des Polizeistrafgesetzbuches mit Geld bis zu 20 Mark:

1. wer auf fremdem Grundstücke Feld- oder Gartenfrüchte oder sonstige Erzeugnisse des Bodens — siehe oben §. 29 Abs. 2 — ohne die Absicht, sie zu entwenden, auf irgend eine Weise beschädigt oder zerstört oder hintwegbrinat.

befindlichen Kartoffelstöcke — 1938 Stück — vorsätzlich und rechtswidrig am 13. Juni 1882 vollständig ausgehackt, wodurch dem Pächter H. ein Schaden von M 50 bis 75 zugeing.

Die Nichtanwendbarkeit des §. 30 der erwähnten Feldpolizeiordnung auf den festgestellten Sachverhalt ergibt sich schon aus dem Verhältnisse des am 1. Oktober 1864 in Wirksamkeit getretenen badischen Polizeistrafgesetzbuches vom 31. Oktober 1863 (Bad. Reg.-Bl. von 1863 S. 439 flg.) zu dem Strafgesetzbuche. Das badische Polizeistrafgesetzbuch hat die Bestimmungen des damals geltenden badischen Strafgesetzbuches vom 6. März 1845 nicht aufgehoben, sondern neben demselben geltende Normen für das Gebiet der Polizeiübertretungen aufgestellt, wie sowohl die allgemeinen Bestimmungen des Polizeistrafgesetzbuches (Teil I) als die besonderen Bestimmungen über die einzelnen Übertretungen (Teil II) ergeben. Was die allgemeinen Bestimmungen desselben betrifft, ist namentlich schon aus §. 36 Ziff. 8 des Polizeistrafgesetzbuches, wonach neben dem Polizeistrafgesetzbuche auch bestehen bleiben „alle Bestimmungen bestehender Gesetze und Verordnungen über solche Polizeiübertretungen, welche von den Gerichten untersucht und bestraft werden und demgemäß als gerichtlich strafbare Vergehen zu behandeln sind“, zu schließen, daß — was eben einer besonderen Erwähnung im Polizeistrafgesetzbuche nicht bedurfte — jedenfalls auch jene Gesetzesbestimmungen bestehen bleiben sollten, welche sich auf solche gerichtlich strafbare Vergehen beziehen, die nicht den Charakter einer Polizeiübertretung an sich tragen. Mit dem Eintritte der Wirksamkeit des badischen Polizeistrafgesetzbuches vom 31. Oktober 1863 haben daher auch die von der Sachbeschädigung handelnden Bestimmungen der §§. 570—582 bad. St.G.B.'s vom 6. März 1845 nicht ihre Geltung verloren. Bestätigt wird dies durch den die Überschrift „Übertretungen in Bezug auf fremdes Eigentum“ tragenden Titel X der besonderen Bestimmungen des badischen Polizeistrafgesetzbuches vom 31. Oktober 1863, insbesondere dadurch, daß derselbst in §. 160 nur von mutwilligen Beschädigungen (also nicht von, den Gegenstand der §§. 570—574 bad. St.G.B.'s bildenden, Beschädigungen aus Bosheit, Rachsucht oder Eigennutz) die Rede ist und in dem erwähnten §. 160 bemerkt ist: „soweit nicht die Strafbestimmungen des §. 575 St.G.B.'s auf dieselbe Anwendung finden.“ Es konnte deshalb, zumal im Hinblick auf die im §. 571 bad. St.G.B.'s erfolgte

Aufstellung von Erschwerungsgründen, auch der im Tit. VIII („Übertretungen in Bezug auf die Feld-, Jagd- und Fischereipolizei“) der besonderen Bestimmungen des badischen Polizeistrafgesetzbuches vom 31. Oktober 1863 befindliche §. 145 Ziff. 3, wonach an Geld bis zu 10 Gulden gestraft wird, „wer sonstigen zum Schutze des Eigentumes und zur Ordnung in der Feldgemarkung von der Bezirks- oder Ortspolizeibehörde erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt“, nicht etwa die Bedeutung haben, für die auf dem Felde stehenden Erzeugnisse die Anwendbarkeit der Bestimmungen des badischen Strafgesetzbuches über die Sachbeschädigung zu beseitigen, sondern nur jene, im Einklange mit §§. 22 flg. des badischen Pol.-St.G.B.'s vom 31. Oktober 1863 die Aufstellung weiterer Normen zum Schutze des Eigentumes und zur Ordnung in der Feldgemarkung zuzulassen und für den Fall der Erlassung solcher Normen den Strafrahmen hierfür festzusetzen. Mit dem 1. Januar 1872 ist nun (Bad. Ges.- u. Verord.-Bl. von 1871 S. 1/2. 209 u. 431 flg.) an die Stelle des badischen Strafgesetzbuches das Reichsstrafgesetzbuch nebst dem Einführungsgeetze zum Reichsstrafgesetzbuche getreten. Als Folge dessen hat das badische Gesetz vom 23. Dezember 1871 (bad. Ges.- u. Verord.-Bl. von 1871 S. 431 flg.) über den Vollzug der Einführung des deutschen Reichsstrafgesetzbuches in dem Großherzogtum Baden in Art. 3 noch ausdrücklich bestimmt, daß von dem badischen Polizeistrafgesetzbuche vom 31. Oktober 1863 (unter anderem) die „§§. 159—161“ (sonach auch §. 160) außer Wirksamkeit treten. Dies hat aber seinen Grund darin, daß die Bestimmungen des Reichsstrafgesetzbuches über die Sachbeschädigung (§§. 303—305) nicht zwischen der Beschädigung aus Muttwillen (§. 575 bad. St.G.B.'s vom 6. März 1845) und jenen aus Bosheit, Rachsucht oder Eigennuß unterscheiden, sondern allgemein die vorsätzliche und rechtswidrige Sachbeschädigung unter Strafe stellen und sonach unter gerichtliche Strafe auch solche Fälle stellen, welche nach Umständen gemäß §. 575 bad. St.G.B.'s vom 6. März 1845 nur polizeilich strafbar gewesen wären. Damit ist auch anerkannt, daß, soweit das am 1. Januar 1872 im Großherzogtum Baden in Wirksamkeit getretene Reichsstrafgesetzbuch Bestimmungen über die Sachbeschädigung enthält, diese zur Anwendung kommen sollen. Die in den Entscheidungsgründen des angefochtenen Urteiles erwähnte „Feldpolizeiordnung für den Amtsbezirk Tauberbischofsheim“ hat aber augenscheinlich mit ihrer Bestimmung in §. 30 II. Ziff. 1 nicht eine Ab-

änderung des §. 303 St.G.B.'s aussprechen wollen; sie hat damit vielmehr nur bezüglich solcher Beschädigungen, welche nicht unter §. 303 R.St.G.B.'s fallen, eine Bestimmung getroffen (und zwar insoweit ohne ersichtliche Beschränkung hinsichtlich der Höhe des Schadens an den in §. 30 II. Ziff. 1 bezeichneten Feld- oder Gartenfrüchten oder sonstigen Erzeugnissen des Bodens). Mit dieser Auslegung ist der Wortlaut des §. 30 II. Ziff. 1 der erwähnten Feldpolizeiordnung nicht unverträglich, und führt zu einer solchen Auslegung auch der Zusammenhang des §. 30 mit §. 9¹ derselben, der in §. 30 II. der Feldpolizeiordnung, bezw. in §. 145 Ziff. 3 bad. Pol.-St.G.B.'s, festgesetzte Strafrahmen und der Umstand, daß nach badischem Gesetze zur Aburteilung der unter §. 145 bad. Pol.-St.G.B.'s fallenden Delikte der Bürgermeister (wenngleich allerdings nicht unbeschränkt und immer) zuständig ist (vgl. früher §. 16 des Gesetzes vom 28. Mai 1864 über die Gerichtsbarkeit und das Verfahren in Polizeistrafsachen — bad. Reg.Bl. von 1864 S. 228 flg. —, §. 18 des bad. Einführungsgesetzes vom 23. Dezember 1871 zum Reichsstrafgesetzbuche — bad. Ges.= u. Verord.-Bl. von 1871 S. 431 flg. —, jetzt §. 130 des Gesetzes vom 3. März 1879 über die Einführung der Reichsjustizgesetze im Großherzogtum Baden — bad. Ges.= u. Verord.-Bl. von 1879 S. 91 flg.).